

Nach dem Rechtsbruch ist vor dem Rechtsbruch

BZ-GASTBEITRAG: Für Lüder Gerken ist die Milliardenhilfe für Griechenland ein nicht wieder gut zu machender Sündenfall

Friedrich August von Hayek, Freiburger Nationalökonom und Nobelpreisträger, warnte stets vor dem „Konstruktivismus“ der Politik. Damit meinte er die unentwegten Versuche von Regierungen, Politik gegen die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu machen. Solche Politik sei zum Scheitern verurteilt, auch wenn sich das oft erst Jahre später herausstelle. Dann aber ist der Schaden umso größer. Ausbaden müssen es die Bürger. Der Bankrott Griechenlands ist gleich zweifach ein bestürzender Beleg dafür.

Im Jahr 2000 beschloss die EU, Griechenland in die Eurozone aufzunehmen. Schon damals war bekannt, dass das Land mit seiner maroden Wirtschaft nicht einmal annäherungsweise die ökonomischen Voraussetzungen hierfür erfüllte. Aber die Konstruktivisten in der Politik ignorierten dies, weil sie die Währungsunion als zentralen Schritt auf dem Weg zu ihrem Ziel einer politischen Integration Europas ansahen. Heute ist Griechenland bankrott.

Der ökonomisch einzig sinnvolle Ausweg wäre, dass Griechenland die Drachme wieder einführt und diese dann massiv abwertet. Entgegen allen Beteuerungen von Politikern, man habe keine rechtliche Handhabe, Griechenland aus der Eurozone zu werfen, hätte es einen Weg gegeben: Der EU-Vertrag erlaubt finanzi-

ellen Beistand nur für Nicht-Euro-Länder. Man hätte den Griechen daher sagen können, sie können finanzielle Hilfe erhalten, sobald sie aus der Währungsunion austreten. So hätte man den Fehler von 2000 korrigieren können.

Aber das wollen unsere Konstruktivisten nicht. Vielmehr begehen sie jetzt den zweiten Sündenfall, und der ist ungleich gravierender, weil unumkehrbar: Griechenland erhält Kredite von den anderen Euro-Staaten.

Warum dieser Rechtsbruch? Mit aller Gewalt soll das politische Ziel – die politische Integration über den Euro – weiterverfolgt werden, unter völliger Missachtung der ökonomischen Gegebenheiten. Nur für dieses Ziel wird der EU-Vertrag gebrochen und die Steuerzahler zur Kasse gebeten.

Die Behauptung, man müsse den Konkurs Griechenlands abwenden, um das Umkippen anderer Staaten oder Banken zu verhindern, ist abwegig. Umkippen kann nur, wer selbst auf zerbröckelndem Fundament steht. Kredite an Griechenland sanieren andere Fundamente nicht.

Beschwichtigend sagt die Bundesregierung: Die Kredite an Griechenland seien nur eine vorübergehende Hilfe, bis die griechischen Reformen greifen. Und wenn das Land nicht konsequent reformiere, würden die Zahlungen gestoppt.

Ach. Hält man uns Bürger für so dumm? Angeblich müssen unsere Konstruktivisten doch den Konkurs Griechenlands abwenden, um das Umkippen anderer Staaten oder Banken zu verhindern. Soll das plötzlich nicht mehr gelten, wenn Griechenland nicht reformiert? Werden diese Konstruktivisten, nachdem einige zig Milliarden Euro an Griechenland geflossen sind, allen Ernstes vor den Steuerzahler treten und sagen: „Griechenland reformiert nicht genug. Wir geben deshalb keine weiteren Kredite. Griechenland wird dadurch Konkurs gehen.“

Dadurch sind leider die bisher gezahlten Kreditmilliarden verloren.“

Natürlich nicht. Sie werden sagen: „Wir geben noch mehr Kredite, aber Griechenland muss nun endlich mit den Reformen ernst machen.“ Und das Spiel beginnt von neuem.

Griechenland wird also Kredite der anderen Staaten bekommen, unabhängig von seinen Reformanstrengungen. Und das weiß die griechische Regierung. Warum also sollte sie den Bürgern harte Einschnitte zumuten, über Monate oder gar Jahre Aufruhr in Kauf nehmen – und bei den nächsten Wahlen abgewählt werden? Kein Politiker handelt so. Griechenland wird folglich nicht mit der nötigen Konsequenz Reformen ergreifen und so zu einem Dauersubventionsfall werden. Wir zahlen dauerhaft. Nach dem Rechtsbruch ist vor dem Rechtsbruch. Umkehr ausgeschlossen.

Und weitere Wackelkandidaten stehen vor der Tür, allen voran Portugal und Spanien. Portugals Kreditwürdigkeit ist so miserabel, dass es für Staatskredite am Markt inzwischen höhere Zinsen zahlen muss als Griechenland für die Kredite der anderen Euro-Staaten. Das wird Portugal nicht lange hinnehmen. Wie aber will man anderen Staaten eine Hilfe verweigern, die man Griechenland gewährt?

Im Evangelium nach Lukas heißt es: „Sie wissen nicht, was sie tun.“ Aber darf man das unseren Politikern wirklich zugute halten?

– Der Autor ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und des Centrums für Europäische Politik.



Lüder Gerken